



Vorlage-Nr.: **6320-2026/DaDi**

Fachbereich: Fraktion der Vielfalt
Hardt, Roland

Beteiligungen:

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Klima, Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **MVZ erhalten – Antrag VIE**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg beauftragt die Verwaltung des Landkreises, Modelle zu prüfen, um defizitäre Medizinische Versorgungszentren (MVZ) wirtschaftlich zu stabilisieren. Dabei soll auch untersucht werden, ob und welche Möglichkeiten bestehen, um das Personal oder Teile des Personals neben einer Grundvergütung mit Gewinnbeteiligungen am wirtschaftlichen Erfolg der Praxen teilhaben zu lassen.

Begründung:

Problem:

MVZ sind inzwischen oft ein unverzichtbarer Bestandteil der medizinischen Basisversorgung. Aufgaben, die ursprünglich der freien Ärzteschaft zugedacht waren, werden aus nachvollziehbaren Gründen nicht mehr so übernommen wie noch vor einigen Jahren. Eine Trendumkehr ist auch nicht ersichtlich. Aus dieser Not heraus springt der Landkreis an vielen Orten ein und etabliert Medizinische Versorgungszentren zur ambulanten Gesundheitsversorgung, obwohl diese Daseinsvorsorge für ihn keine originäre Pflichtaufgabe ist.

Dagegen könnte indes die angespannte Haushaltslage des Landkreises sprechen. Der Kreis bedient sich naheliegend bei den Kommunen, diese wiederum wälzen ihre Lasten oft über hohe Grundsteuern auf die Bürger ab. Darunter leiden insbesondere diejenigen, die ohnehin nicht viel haben – die aber dennoch gleichermaßen wie alle anderen auch auf ärztliche Versorgung vor Ort angewiesen sind.

Bei MVZ wird unter betriebswirtschaftlichen Erwägungen mitunter festgestellt, daß unter angestelltem Personal weniger Gewinne bzw. sogar Verluste eingefahren werden als unter Ärzten, die auf eigene Rechnung praktizieren. Sobald Defizite entstehen, ergibt sich das unschöne Spannungsfeld.

Lösung:

Der Landkreis prüft zunächst ergebnisoffen Möglichkeiten, um potentiellen Defiziten seiner MVZ zu begegnen. Dabei wird auch eruiert, inwieweit eine Kombination mit den jeweiligen Vorteilen von selbständiger und unselbständiger ärztlicher Tätigkeit durch eine Gewinnbeteiligung des Personals möglich ist. Ob geprüfte Maßnahmen umgesetzt werden, entscheidet später der Kreistag.